

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk., im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., zahlbar Voraus. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend 15 Pf. Alle Verordnungen, Beschlüsse und untere Verfügungen werden nach Möglichkeit annahmefähig bis zum 10. März durch Fernruf übermittlelten Nachrichten über keine Übernahme. Jeder Abonnent verpflichtet, wenn der Betrag durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nach allen den Bestimmungen des Preiskurses.

Verlagspreis: Die 4-spaltige Rauminheit 20 Reichsmark, die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Rauminheit im regelmäßigen 100 Reichsmark. Anzeigen nach allen den Bestimmungen des Preiskurses. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Charandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 189. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 14. August 1926

Schuld und Schulden.

In Frankfurt am Main wird ein angesehener Arzt in mittleren Jahren von einer auch nicht mehr ganz jugendlichen Krankenschwester über den Haufen geschossen. Sie war in blinder Leidenschaft für ihn entbrannt, ohne Gegenliebe zu finden, und griff in der Verzweiflung ihres Herzens zur Mordwaffe, als sie vernahm, daß der Gegenstand ihrer Neigung sich mit einer anderen, jüngeren und wohl auch reizvolleren Frau fürs Leben zu verbinden gedachte. — Zwischen Heringsdorf und Ahlbeck wird abermals ein Arzt, in einem Berliner Vorort beheimatet, nächtlicherweise von jungen Burschen mit einer Kette niedergeschlagen und kann nur noch als Leiche geborgen werden. Dort, in der großen Mainstadt, eine Tragödie menschlicher Leidenschaft, die schließlich auch vor berufenen Helfern der Kranken und Schwachen nicht haltmachen kann; hier, an der sommerlichen Ostseeküste, ein brutaler Mordanschlag, der gar nicht erregener Vorfall, der das glanz- und geräuschvolle Wochenendtreiben dieser sogenannten Erholungsstätten wohl allzu sehr zu Kayse gestalten war. Das Opfer in beiden Fällen Männer ärztlichen Standes, den man gerade gegen Mordverbrechen besser als andere Berufe geschützt glaubte. Der Frankfurter Fall hat seine gerichtliche Sühne bereits gefunden. In erster Instanz zum Tode verurteilt, wurde die Täterin nach nochmaliger Verhandlung mit sieben Jahren Zuchthaus bestraft — und es geschah das Wertwürdige, daß auch diese Strafe noch auf Widerpruch ließ, daß Kritik an ihr geübt wurde, weil sie von der Todesstrafe nicht sehr weit entfernt sei, während der aufgedeckte Seelenzustand der Mörderin es habe zweifelhaft erscheinen lassen, ob sie die Tat überhaupt bei wacher Verstandesklarheit begangen habe, ob sie ihr als Schuld anzurechnen sei. Man wird es trotzdem hoffentlich nicht auch noch zu einer dritten Gerichtsverhandlung kommen, sondern den Dingen endlich ihren gerechten Lauf lassen. Die Vernichtung eines Menschenlebens ist nicht als ungeschicklich betrachtet werden dürfen aus blohem Mitleid mit dem Verbrecher oder mit der Verbrecherin. Wenn selbst der humane Strafgesetzwurf, der jetzt den Reichsrat zur Beschlußfassung vorliegt, an der Todesstrafe festhält, genau so wie es auf Bismarcks entscheidendes Verlangen hin das noch heute in Kraft befindliche Strafgesetzbuch aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts getan hat, so wiegt diese Tatsache schwer gegenüber den bekannten Bedenken, die gegen den Grundsatze der Vergeltung auch bei Kapitalverbrechen seit alters her vorgebracht worden sind.

Nun hat auch endlich Frankreich Ruhe. Für Kammer und Senat sind, vier Wochen später als sonst, die Sommerferien gekommen, nachdem sie ihrem als neuen Herrn und Meister Poincaré in unbegrenzter Willkür die Räder gelaufen, Gesetze und Verordnungen schurrt nur so aus ihren Röhren heraus, und wenn nicht der Sturz der sozialistischen Opposition gewesen wäre, hätte auch die Sonderberatung der Nationalversammlung, die noch reich zur höheren Ehre des Herrn Poincaré zusammengetrommelt wurde, einen ganz glatten und ganz imponierenden Verlauf genommen. Aber das bide Ende wird nun erst nachträglich nachkommen für die Franzosen, die ihre Schulden vergeblich haben wachsen sehen. Schon hat der Oberste Verwaltungsrat der Eisenbahngesellschaften Tarifverhandlungen von 24 bis 30 Prozent beschlossen, um so, abgesehen von der Deckung des eigenen Defizits, auch die Gehälter und Löhne seiner Angestellten zu können. Dann soll den Ausländern die Freiheit ihres Aufenthalts in Frankreich durch Aufhebung möglicher ergebnisloser Fremdensteuern beschränkt werden; man glaubt es eben nicht mehr nötig zu haben, den Angehörigen von Ländern mit hoher Valuta die Schätze und Schönheiten Frankreichs sozusagen kostenlos darzubieten. Und der Pariser Polizeipräsident hat sich entschließen müssen, an die Spitze eines Ausschusses zu treten, der sich die Bekämpfung des Preiswunders zur Aufgabe machen will. Auch in Frankreich wiederholt sich nämlich jetzt die leidige Erfahrung, daß die Preise der Lebensmittel zwar sehr eilig den steigenden Devisen nachstehen, in der umgekehrten Richtung aber sich der Kunst des Nachlassens durchaus abhold zeigen. Vorläufig hat der höchste Polizeigewalt nur ein Mittel zur Abhilfe gefunden: er hat den Geschäften die Aushängung von Preisverzeichnissen zur Pflicht gemacht. Das wird, nach unseren Erfahrungen zu urteilen, nicht viel, das wird nicht einmal etwas helfen: wie es überhaupt sehr zweifelhaft erscheint, ob der erste kühnste Preis-Erfolg des harten Mannes an der Spitze der gegenwärtigen Regierung auch nur bis zum Wiederzusammentritt der Kammer vorbehalten wird.

Aber das sind, im wesentlichen, französische Sorgen. Für uns ist wichtiger, daß die deutschen Reichsminister ihre Sommerferien beendet haben und nun mit neuen Kräften an die Arbeit gehen können. Die Beratungen zur Verfassung des Reiches sind überall im Reich ohne Störung verlaufen, die

Bessere Entwicklung der Reichsfinanzen.

Reichskasse 1926 ohne Unterbilanz?

Die Hoffnungen des Finanzministers.

Über den gegenwärtigen Stand der Reichsfinanzen gab der Finanzminister Dr. Reinhold Freitag einen Überblick vor einer Versammlung von Presseleuten. Dr. Reinhold bezeichnete die Lage der Finanzen als günstig unter zwei Voraussetzungen, daß nämlich der Reichstag nicht überraschend neue Ausgaben bewillige und daß die bisherigen Ansätze zu einer Besserung der Wirtschaftslage nicht durch einen Rückschlag abgelöst werden. Der Minister sprach bei Inbetriebnahme dieser Bedingungen die Hoffnung aus, daß das laufende Jahr ohne Defizit abschließen werde.

Die Gesamteinnahmen im Juli betragen 708 Millionen Mark und sind damit erheblich höher als die Einnahmen früherer Quartalsmonate; so betragen die Gesamteinnahmen im April 584, im Januar 600, im Oktober 674 Millionen Mark. Diese Steigerung ist eingetreten trotz der Steuerermäßigungen. Von den Einkommensteuererträgen weiß der Lohnabzug steigende Erträge auf. Im März wurden eingenommen 78,6 Millionen, April 79,4 Millionen, Mai 82,5 Millionen, Juni 88,7 Millionen, Juli 93,3 Millionen Mark. Insgesamt bleiben die Lohnsteuererträge zwar hinter dem Etatsanfang zurück, und zwar zum Teil auch deshalb, weil in den ersten Monaten erhebliche Rückzahlungen zu leisten waren. Dafür hat sich die freie Einkommensteuer besser entwickelt, als ursprünglich geschätzt war, trotz Stundungen auf vielen Gebieten. Ansteigende Erträge brachten die Zolleinnahmen, die Wertschöpfungssteuer, die Tabaksteuer und das Branntweinmonopol. Der Gesamtbeitrag der verpfändeten Steuern hob sich auf einen Höchststand von 227 Millionen Mark.

Nach den Mittellungen des Ministers werden die Bemühungen um weitere Sparmaßnahmen fortgesetzt. Der Plan für eine verbilligende Form der Reichsfinanzverwaltung ist fertiggestellt und soll demnächst durchgeführt werden. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen und Zuschlagsempfänger hat sich gegen den Höchststand im Februar bis zum 1. August um rund 1,1 Million verringert, entsprechend sind die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge zurückgegangen und dürften augenblicklich etwa 90 Millionen monatlich betragen. Reichsanleihen sind vorläufig nicht beabsichtigt. Der demnächst zu erwerbende Nachtragshaushalt wird neben einem Betrag für Erwerbslosenfürsorge auch mehrere Millionen Mark anfordern für die Abfindungsanleihe, da die Annahmen von Abseits in Reichsanleihen die Schätzungen weit überlegen haben.

Das Komunique über die Sitzungen des Reichskabinetts.

Berlin, 13. August. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat heute nachmittags seine Arbeiten in später Abendstunden abgebrochen. Die Beratungen zu Ende geführt. Insbesondere wurde erneut die Frage der Bestätigung des vom Verwaltungsrat der Reichsbahn zum Generaldirektor ernannten stellvertretenden Generaldirektors Dr. Sch.

ersten Anzeichen einer Besserung des Arbeitsmarktes, dank der beginnenden Ausführung der Juli-beschlüsse unserer Zentralbehörden, werden sichtbar. Bleibt als große Frage zunächst das Ergebnis der bevorstehenden Septemberberatung des Völkerverbundes, in der abermals über Deutschlands Ausnahme in den Bund der Nationen entschieden werden soll. Das Reichskabinett wird es an sich gewiß nicht fehlen lassen, um eine Wiederholung des beschämenden Scheiterns vom letzten Frühjahr zu verhindern. Dr. Sch.

Eisenbahnunglück in Bayern. Zug Regensburg—München entgleist

Drei Personen tot. Freitag früh 9.28 Uhr entgleiste der beschleunigte Personenzug 558 Regensburg—München bei der Einfahrt in die Weiche auf Bahnhof Langenbach (Oberbayern). Mehrere Personenzüge hielten um. Dabei wurden 12 Reisende getötet, sieben schwer und 20 leicht verletzt. Das Unglück ist durch Dammbruch infolge des Regenerwetters entstanden. Nach einigen Nachrichten soll die Zahl der Toten sich auf 15, die der Verletzten auf 25 belaufen. Unter den 12 Toten und 27 Verwundeten waren in den Trümmern eines Personenzuges noch zwei Personen eingeschlossen. Ministerpräsident Dr. Heiß hat sich sofort nach Bekanntwerden des Unglücks an die Unfallstelle begeben.

rektors Dr. Dormmüller eingehend erörtert. Nach Lage der Dinge konnte die Angelegenheit noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt werden, da eine sachliche Einigung nicht vorliegt. Sodann nahm das Reichskabinett einen ausführlichen informativischen Vortrag des Reichsministers des Inneren über die auswärtige Lage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Völkerverbänderung entgegen. Die übrigen Beratungen des Reichskabinetts am gestrigen und heutigen Tage betrafen laufende Angelegenheiten. Die Frage des Reichsgerichts wurde vorläufig zurückgestellt.

Frankreichs Stellung in der Besatzungsfrage.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 13. August. Ueber die gegenwärtig vielörterte Frage der Herabsetzung der alliierten Besatzungstruppen des Rheinlands erfährt die Telegraphen-Union von gut informierter Seite folgendes: Die französische Regierung sei an sich geneigt, eine Zusammenziehung der alliierten Truppen des Rheinlandes in Städten vorzunehmen. Diese würde automatisch eine Herabsetzung der französischen Truppenstärke bedeuten, die gegenwärtig 56 000 (einschließlich der Beamten 60 000) Mann betrage. Man habe in Aussicht genommen, eine erstmalige Herabsetzung um 6000 Mann vorzunehmen. Diese Operation könne jedoch nicht lediglich auf Grund eines deutsch-französischen Abkommens durchgeführt werden. Außenminister Briand führt gegenwärtig Unterhandlungen mit der englischen und der belgischen Regierung über diese Frage. Nach Informationen aus London sollen jedoch die dortigen militärischen und politischen Kreise wenig geneigt sein, die Höhe der englischen Besatzungsarmee, die gegenwärtig ebenso wie die belgische 8000 Mann beträgt, herabzusetzen. In Pariser politischen Kreisen wird auf eine zweite Kampagne der englischen Presse hingewiesen, die sich gegen eine Reduzierung der alliierten Truppen im Rheinlande wendet und die gerade gegenwärtig in dem Augenblick der Verhandlungen Briands mit der belgischen und der englischen Regierung geführt werde. Ferner wird in politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß die englische Öffentlichkeit gegen die Herabsetzung mit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsprovisos und der Eröffnung der Verhandlungen der Pariser Eisenindustriellen zusammenfällt.

Das Komunique über die deutsch-französischen Eisenverhandlungen.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 14. August. Ueber die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Eisenindustriellen wird heute folgendes Komunique veröffentlicht: Die internationalen Eisenverhandlungen zwischen Belgien, Frankreich, Deutschland und Luxemburg haben am 12. und 13. August in Paris stattgefunden. Man hat hierbei endgültig die Bedingungen festgelegt, nach denen die luxemburgischen und lothringischen Kontingente nach Deutschland übernommen werden sollen. Ebenso hat man sich über die Ausführungsbedingungen der internationalen Kohlenabkommens verständigt.

Wie das Unglück geschah.

Die Verwaltung der Reichsbahndirektion Berlin gab folgenden Bericht über das Eisenbahnunglück bei Freising heraus: Freitag vormittag 9 Uhr 28 Minuten ist die Lokomotive des beschleunigten Personenzuges 558 Regensburg—München an einer Umbaufelle bei der Einfahrt in die Station Langenbach bei Freising entgleist. Die nachfolgenden Wagen wurden umgerissen und ineinandergeschoben. Es sind bisher 12 Tote, sieben Schwerverletzte und 20 Leichtverletzte festgestellt worden. Die Hilfsaktion konnte in außerordentlich schneller Zeit durchgeführt werden, weil Ärzte und Sanitätsmannschaften aus Freising in Kraftwagen herbeigeschafft wurden. Hilfszüge trafen ferner aus Landsbut und München in kürzester Zeit ein. Die Toten und Verletzten stammen durchweg aus Regensburg und Umgebung.

Deutsch-französische Eisenverhandlungen.

Drei Hauptpunkte.

In den Räumen des „Comité des Forges“ in Paris begannen die Verhandlungen von Vertretern der deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen Eisenindustrie zur Herbeiführung eines Abkommens zwischen den eisenerzeugenden Ländern Europas. Von deutscher Seite nehmen an den Verhandlungen teil: Fritz Thissen, Generaldirektor Hoesch von der Firma Krupp, Generaldirektor Bönsagen und andere. Das Abkommen würde erst nach Billigung durch die betreffenden Regierungen in Kraft treten. Die Besprechungen beziehen sich auf folgende Hauptpunkte: